

# Berlin aktuell

## Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



### Familienpflegezeit

Deutscher Bundestag beschließt Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

In dieser Woche haben CDU und CSU mit der „Familienpflegezeit“ ihre Politik zur Stärkung der Familie in dieser Wahlperiode fortgesetzt. Bereits zu Beginn der christlich-liberalen Koalition konnte durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge die finanzielle Situation von Familien verbessert werden. Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung werden zudem berufstätige Eltern unterstützt. Eine weitere Förderung erfahren Familien mit dem nun beschlossenen Gesetz zur Familienpflegezeit. Erwerbstätigen soll es ermöglicht werden, ohne große finanzielle Einbußen ihre Arbeitszeit zu verringern, um Zeit für die Pflege von Angehörigen zu haben. Dabei ist es gelungen, ein modernes Modell zu entwickeln, von dem alle profitieren: die Pflegenden und ihre pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber – und das Ganze ohne Milliardenausgaben und ohne einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft unserer Kinder.

Im Einzelnen sieht das Familienpflegezeitgesetz vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 50 Prozent reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen – und das bei einem Gehalt von in diesem Fall 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte in der Familienpflegezeit eine entsprechende Versicherung abschließen. Die Prämien hierfür sind allerdings sehr gering. Damit durch die Lohnaufstockung für die Arbeitgeber keine Belastungen durch eine familienbewusste Arbeitsgestaltung entstehen, können diese zudem beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) ein zinsloses Darlehen im Umfang der Lohnaufstockung beantragen.

Zu dem nun mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen beschlossenen Gesetz erläuterte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Weiß am Donnerstag: „Die Familienpflegezeit ist ein Meilenstein, um Berufstätigkeit und häusliche Pflege besser zu vereinbaren. Ab 2012 können pflegende Angehörige ihre Erwerbsarbeit auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren. Da das reduzierte Arbeitsentgelt zu einem Teil aufgestockt wird, müssen keine massiven Gehaltseinbußen hingenommen werden. Die Pflegezeit wird in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt. So wird es für die Betroffenen zu keinerlei oder nur sehr geringen Einbußen bei den Rentenanwartschaften kommen.“

Bei Arbeitnehmern mit geringem Einkommen wird mit dem nun errichteten Modell sogar Altersarmut verringert, da dieser Personenkreis dank der Familienpflegezeit bei der Rente sogar besser dasteht als ohne. Weiß erklärte weiter: „Flexibel reduziert werden kann die Arbeitszeit nach Absprache mit dem Arbeitgeber. So muss die Mindestarbeitszeit von 15 Stunden pro Woche lediglich im Jahresdurchschnitt erreicht werden. So kann eine Zeitlang weniger und dann wieder mehr als 15 Wochenstunden gearbeitet werden. Dies wird auch dem Pflegealltag besser gerecht. Die Beschäftigten erhalten während der Pflege - und der Nachpflegezeit, also über vier Jahre hinweg, vollen Kündigungsschutz. Zudem haben sie einen Anspruch auf ihren alten Beschäftigungsumfang, wenn die Pflege des Angehörigen endet (etwa bei Heimunterbringung, Genesung oder Tod).“

Das nun geschaffene Modell ergänzt die bisherigen Regelungen des Pflegezeitgesetzes, wonach Beschäftigten eine vollständige oder teilweise – aber unbezahlte – Freistellung von bis zu sechs Monaten für die Angehörigenpflege zusteht.

Bereits für die nächste Woche ist mit der Verabschiedung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes eine weitere Verbesserung der Situation von Familien in Deutschland vorgesehen.

### **Herbstprognose der Bundesregierung: Deutschland ist und bleibt Stabilitätsanker**

In dieser Woche hat die Bundesregierung ihre Herbstprognose vorgelegt. Hierzu erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer: „Die deutsche Wirtschaft hält auch in schwierigem Fahrwasser ihren Kurs. Für das Jahr 2012 prognostiziert die Bundesregierung trotz Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent. Damit folgt sie tendenziell der Einschätzung der führenden Wirtschaftsinstitute des Landes von letzter Woche. Diese gehen in ihrem Herbstgutachten ebenfalls von einem schwächeren Wachstum (0,8 Prozent) aus, als noch im Frühjahr prognostiziert. Trotz Wachstumsrückgang ist und bleibt Deutschland ein Anker der Stabilität in einem immer schwieriger werdenden weltwirtschaftlichen Umfeld.

Das macht auch die anhaltende positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Die Arbeitslosenquote sinkt nach Einschätzung der Bundesregierung 2012 auf 6,7 Prozent gegenüber 7,0 Prozent im Jahr 2011. Das bedeutet, die Arbeitslosenzahl bleibt im Durchschnitt unter der Drei-Millionen-Marke. Die Koalition hat solide gewirtschaftet und die Haushaltskonsolidierung wieder auf den richtigen Weg gebracht. Das Ergebnis: stabiles Wachstum, weniger Arbeitslose und sprudelnde Steuereinnahmen auch im kommenden Jahr. Aber die derzeit bestehenden Risiken für die Weltwirtschaft gehen nicht spurlos an der deutschen Wirtschaft vorüber. Daher muss es in unserem ureigensten Interesse liegen, gemeinsam mit den europäischen Partnern weiterhin intensiv an Lösungen für die Staatsschuldenkrise in Europa zu arbeiten. In Deutschland gilt es, den Mittelstand weiter zu stärken, denn er ist der Motor unserer Wirtschaft. Die Koalition stellt dafür die Weichen und unterstützt die Innovationsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe und sichert ihren Fachkräftenbedarf.

Die Union setzt auf moderne und wettbewerbsorientierte Regulierung in den Sektoren Energie, Bahn, Post und Telekommunikation, um den Wettbewerb anzukurbeln und Innovationspotenzial freizusetzen. Der Erfolg zeigt sich im Bereitbandausbau: von 10,8 Millionen Anschlüssen im Jahr 2005 ist die Zahl bis 2010 auf 26,2 Millionen gestiegen, und sie steigt kontinuierlich weiter. Bis spätestens 2018 sollen flächendeckend Breitbandanschlüsse (mit 50 MBit/s) verfügbar sein. Investitionen in Forschung und Entwicklung sichern ein stetiges Wachstum. Mit der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung will die Union größere Anreize schaffen, hier mehr Geld zu investieren.“

### **Deutschlands Rohstoffversorgung sichern**

Deutschland zählt zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt und ist bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien nahezu vollständig von Importen abhängig. Deutschland braucht auch in Zukunft Rohstoffe, um Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu sichern. Diesen Tatsachen trägt der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Wirtschafts- und Außenpolitik für eine sichere Rohstoffversorgung – Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland, Europa und den Partnerländern“ Rechnung, der in dieser Woche durch den Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Der weltweit steigende Bedarf an Rohstoffen sowie die zum Teil starke Abhängigkeit von nur wenigen Abbau-Regionen und -Unternehmen zeigen, dass der Zugang zu Rohstoffen nicht allein von technologischen Möglichkeiten abhängt, sondern auch von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass gegen unzulässige wettbewerbsverzerrende Maßnahmen und Handelsbeschränkungen vorgegangen wird. Zudem sollen die außenwirtschaftlichen Instrumente des Bundes zur Rohstoffsicherung (z. B. Investitionsgarantien, Ungebundene Finanzkredite) bedarfsorientiert weiterentwickelt und flexibilisiert werden. Schon in der nächsten Woche wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf ihrem zweiten Rohstoffkongress in Berlin eine Bilanz des Erreichten ziehen und Schritte in die Zukunft aufzeigen. Die Bundeskanzlerin wird dabei eine Grundsatzrede zur Rohstoffpolitik halten.

### **Reformationsjubiläum 2017**

Einstimmig hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche den gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen angenommen, der das 500-jährige Jubiläum der Reformation im Jahr 2017 als „Ereignis von Weltrang“ einstuft. Mit dem Reformationsjubiläum und der laufenden so genannten Lutherdekade hat Deutschland die Möglichkeit, die historische Bedeutung der Reformation als gesellschaftliches, kulturelles und religiöses Ereignis für Deutschland, Europa und die Welt in besonderer Form zu würdigen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich an der Ausgestaltung der Lutherdekade aktiv zu beteiligen. Dabei sollen die bedeutenden historischen Orte der Reformation in bestehenden Förderprogrammen des Bundes im Bereich des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien wird aufgefordert, die staatliche Geschäftsstelle "Luther 2017" mit ausreichend finanziellen und personellen Kapazitäten auszustatten.

In eigener Sache

## 21.10.2011 Pressemitteilung: Helene-Weber-Preis für Anja Reinalter

### Jury des Bundesfamilienministeriums würdigt innovative Projekte und ehrenamtliches Engagement der Laupheimer Nachwuchspolitikerin

Berlin. Der heimische Bundestagsabgeordnete Josef Rief (CDU) hatte die Laupheimer Stadträtin und dreifache Mutter Anja Reinalter zur Auszeichnung vorgeschlagen. Nun erhielt er die erfreuliche Nachricht, dass sie in diesem Jahr zu den 15 Preisträgerinnen des Helene-Weber-Preises gehöre, der in zweijährigem Turnus vom Bundesfamilienministerium verliehen wird. „Frau Reinalter gelingt es in vorbildlicher Art und Weise, Familie, Beruf und kommunalpolitische Arbeit zu vereinbaren“, erläutert Rief die Beweggründe für seinen Vorschlag. *Lesen Sie weiter auf [www.josef-rief.de](http://www.josef-rief.de)*



## 18.10.2011 Pressemitteilung des Aktionsbündnisses BC für S21: "Wir kennen keine Parteien, nur Befürworter!"

### 17-köpfiger überparteilicher Aktionskreis des Bündnisses „Biberach für Stuttgart 21“ nimmt kurzfristig die Arbeit auf

Biberach. Gesteckt voll war der Saal der TG-Vereinsgaststätte in Biberach am vergangenen Sonntag bei der Gründungsveranstaltung des kreisweiten Aktionsbündnisses "Biberach für Stuttgart 21".

"Wir freuen uns sehr, dass so Viele unserer Einladung erfolgt sind. Am Sonntagabend konnten wir Vertreter der politischen Parteien, der Handwerkerschaft, der IHK und anderer Verbände ebenso willkommen heißen wie interessierte Bürger, auch die an diesem Abend entschuldigten, Hans Petermann und Thomas Fettback zählen sich zu den Unterstützern", zeigte sich der heimische Bundestagsabgeordnete Josef Rief begeistert vom Engagement der Biberacher. "Die Konsequenzen aus einem Scheitern von "Stuttgart 21" sind den Menschen in unserer Region nur allzu bewusst. Nur wenn wir die Anbindung an den Schienenschnellverkehr realisieren, wird Oberschwaben auch in Zukunft seine starke wirtschaftliche Position halten und ausbauen können", so Rief weiter. Zudem müsste die Landesregierung bei einem Ausstieg 1,5 Milliarden € Schadenersatz zahlen und bekäme nichts dafür. *Lesen Sie weiter auf [www.josef-rief.de](http://www.josef-rief.de)*



Nächster Sprechtag von Josef Rief:  
am 19. November von 9.30 - 11.30 Uhr im Wahlkreisbüro in Biberach, Braithweg 27

Josef Rief macht aufmerksam auf:

# Klavier-Matinée

Benefizveranstaltung zu Gunsten der ehrenamtlichen Sozialarbeit des NOTHilfe e.V.

## Daniel Reith

Der 19jährige Pianist ist Preisträger  
mehrerer internationaler Klavierwettbewerbe sowie Bundespreisträger  
für Komposition (2009) und spielt im berühmten Rokoko-Bibliotheksaal

Werke von Beethoven, Chopin, Liszt und Berg

Schirmherrschaft  
Rudolf Köberle, MdL  
Landesminister a.D.

Alle Matinée-Besucher erhalten am Matinée-Tag  
kostenfreien Zutritt zur Sonderausstellung  
"Albrecht Dürer - Das Druckgraphische Werk"  
im Kloster Bad Schussenried

Eintritt € 15  
Schüler und Studenten € 10

Matinée-Kasse  
ab 10.00 Uhr

Schriftliche Kartenbestellung  
[info@nothilfe-verein.de](mailto:info@nothilfe-verein.de)  
Fax 07222/150053

Karten- und Infotelefon  
0177/4053906  
auch am Matinée-Tag



**NOTHilfe**

Gemeinnütziger Verein  
zur Unterstützung in Not  
geratener Menschen e.V.

Ehrenamtliche Verwaltung:  
76409 Rastatt, Postfach 1906  
Tel. 07222/69469, Fax 150053  
eMail: [info@nothilfe-verein.de](mailto:info@nothilfe-verein.de)  
[www.nothilfe-verein.de](http://www.nothilfe-verein.de)

*Sonntag, 23. Oktober 2011, 11.00 Uhr*  
*Kloster, Bibliotheksaal*  
*Bad Schussenried, Neues Kloster 1*